

Schlesische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Sektion der 3. Internationale

Wichtiges Blatt mit Ausnahme der Sonntage und Festtage. Preis: monatlich 1,20 M., Einzelhefte 10 Pf. — Einzelhefte: Die 10 getragenen Blätter werden über dem Raum 12 Pf. berechnet. Die 6 getragenen Blätter werden über dem Raum im Wert 70 Pf. berechnet. Verleger: ...

Mit den Staatsbeilagen: „Der Rote Stern“, „Der kommunistische Gewerkschafter“, „Rote Hilfe“, „Die Kommunistin“, „Der Genossenschaftler“, „Tribüne“, „Der Jungprolet“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Verleger: ... Druck: ...

Um den Kriegspakt

Rabiettsratsitzung — Deutschnationale Oppositionskomödie — Eine Erklärung der Stinnespartei — Hindenburg als „Schlichter“

(Eig. Drahtb.) Berlin, 22. Sept.
Da das Paktkompromiß über die letzten Beratungen noch nicht am Mittwoch abgeschlossen ist, ist die Mittwoch-Sitzung des Auswärtigen Ausschusses auf Ersuchen der Regierung vertagt worden. Die nächste Sitzung wird voraussichtlich einige Tage später stattfinden. Die Rabiettsitzung findet hinter verschlossenen Türen statt. Die Schlusssitzung des Rabietts soll unter dem Vorsitz von Hindenburg stattfinden. Hindenburg soll helfen die Gegensätze zwischen den Regierungsparteien auszugleichen.

Heute ist der Rabiettsrat zusammengetreten, der über die Einladung zur Ministertafel Stellung nehmen wird. In diesem Zusammenhang veröffentlicht die nationale liberale Korrespondenz, das offizielle Organ der Deutschen Volkspartei, eine Parteifundgebung, in der nochmals die Vorbehalte Deutschlands, die sich mit denen der Deutschnationalen bedecken, bekannt gemacht werden. Wörtlich heißt es dann in der Erklärung:

„Die Deutsche Volkspartei kann ihrerseits diesem Treiben im Bewußtsein der von ihr einstimmig eingenommenen Haltung gelassen gegenüberstehen. Sie hat ihre Richtlinien in der Sicherheitsfrage am 2. Juli in folgenden Hauptgrundgedanken festgelegt: Sicherung der deutschen Westgrenz gegen italienische Angriffe und Sanktionen, ohne Preisgabe deutscher Volkstums, Aenderung und mögliche Abkürzung der Rheinlandbesetzung, Räumung der ersten Zone vor Abschluß irgend welcher Vereinbarungen, Bereitschaft auch zu stillen Schiedsverträgen, aber unter Zurückweisung einer französischen Garantie und ohne Verzichtung einer schließlichen Abänderung der unalterbaren östlichen Grenz, endlich Eintritt in den Völkerbund bei Wahrung der Forderungen des deutschen Memorandums vom September 1924, insbesondere unter entschiedener Ablehnung jeder aus dem Eintritt etwa herzuleitenden Anerkennung der von uns stets bekämpften Kriegsschuldfrage.“

Weiter wird dann in der Erklärung gefordert, daß die Einladung zur Ministertafel angenommen wird. Nachdem in der Erklärung gegen vorläufige Parteientfaltungen Stellung genommen wird, heißt es:

„Nicht durch doktrinaire Entschlüsse und starre Festlegungen, sondern nur durch das verlässliche Zusammenwirken und das patriotische Handeln aller verantwortungsmäßigen Organe... wird die Außenpolitik gefördert.“

In der morgigen Sitzung des Rabietts muß die Entscheidung fallen, ob die Regierung zu her den Kriegspakt annehmen oder

ablehnen wird. Alles hängt davon ab, welche Stellung die deutschnationalen Minister Schiele und Neuhaus in der Rabiettsitzung einnehmen werden. Die anderen Parteien der Regierung haben bereits offen ausgeprochen, wie sie zum Pakt stehen. Die amtliche Erklärung der Deutschen Volkspartei, die gestern in der „Nationalliberalen Korrespondenz“ veröffentlicht wurde, ist ein Bekenntnis der Deutschen Volkspartei zum Garantiepakt. Bedingungslos nimmt die Deutsche Volkspartei den Garantiepakt an. Darüber können auch die Bedingungen, die die Deutsche Volkspartei in ihrer Erklärung vom 2. Juli zum Garantiepakt abgegeben hat und die in der gestrigen Erklärung wiederholt werden, nicht hinwegtäuschen. Der Versuch ist nichts anderes als ein Mandat zur Beruhigung der kleinbürgerlichen enttäuschten Massen. Briand und Chamberlain lassen sich von der deutschen Regierung keine Bedingungen stellen. Und die deutschnationalen Minister werden im entscheidenden Moment ebenfalls für den Garantiepakt stimmen. Heute bereits zeigt und seine rechten Fraktionskollegen bemühen sich, den Sturm der Empörung, der in den Reihen der Deutschnationalen immer mehr Platz greift, durch Protestresolutionen, die gegen die Politik der Lutherregierung gerichtet sind, einzudämmen. Hindenburg rief im Lande herum, fällt Paraden und Rundgebungen ab, und glaubt damit auch seinen Teil zur Beruhigung der Massen beizutragen. In derselben Zeit, wo Hindenburg von der Befreiung Deutschlands redet, verhandelt die Regierung mit den Franzosen und Engländern über die Frage, was mit Deutschland werden soll. Ueber die Politik der Lutherregierung kann also nichts mehr hinwegtäuschen. Die Arbeitermassen haben den Ernst der Lage begriffen. Während die Regierung mit fliegenden Fahnen beim Völkerbund und in der antihohohetrischen Front der westeuropäischen Imperialisten Zugsucht sucht, orientieren sich immer größere Massen der westeuropäischen Arbeiter nach dem Osten, dem Land der Arbeiter und Bauern Sowjetrußlands.

Beneš bereitet den Ostpakt vor

(Eig. Drahtb.) Berlin, 22. September.
Der Berliner tschechoslowakische Gesandte teilte Grafenmann mit, daß die tschechoslowakische Regierung bereit sei, mit Deutschland in Verhandlungen über einen deutsch-tschechoslowakischen Schiedsvertrag einzutreten. Dieser Vorstoß der tschechoslowakischen Regierung zur Vorbereitung des Ostpacts, dem sich Polen bald anschließen wird, wird im Organ Grafenmanns, der „Täglichen Rundschau“, als ein wesentlicher Fortschritt in der Paktfrage bezeichnet. Die deutschnationalen „Deutsche Tageszeitung“ erklärt, daß von deutscher Seite nichts geschehen dürfe, was diese sehr durchsichtigen Pläne den Ostpakt mit dem Westpakt zu verbinden, fördere.

Die „Preisabbauaktion“ der Lutherregierung ist die Durchführung des Unternehmerprogramms!

Vor einigen Wochen hat der Reichszugler Luther verkündet, daß — nachdem den Schwerindustriellen und Agrarern durch Zölle und „Steuerreform“ die Profite gestrichelt sind, die Regierung daran gehen werde, eine „Aktion“ gegen die Teuerung aufzunehmen.
Was bisher von dieser Preisentlastung noch nicht viel zu merken, so zeigt das Programm, das von der Regierung veröffentlicht wird, daß dieser „Preisabbau“ weiter nichts ist, als die Erfüllung des Programms der Schwerindustrie. Diese Behauptung wollen wir beweisen.

Mitte Mai dieses Jahres richteten die vereinigten Unternehmerverbände an die Regierung eine Denkschrift, in der — versteht sich wegen der „Notlage der Industrie“ — u. a. gefordert wurde, daß die Regierung ihre Schlichter anweisen möge, bei Schiedsverträgen keine höheren Löhne zu bewilligen, daß der Achtstundentag abgebaut werde und eine Reihe ähnlicher Forderungen, die jeder Arbeiter kennt. Diese Denkschrift war kaum übergeben, als die Regierung die Zollvorlage hereinbrachte. Denkschrift und Zollvorlage zusammen durchgeführt, das wäre ein bißchen viel auf einmal gewesen. Die Arbeiter hätten sich gegen diese ungeheure Belastung gewehrt. Deshalb wurden die Unternehmer zurückgepfiffen. Die „Adlonische Zeitung“, das Hauptorgan der Schwerindustrie, schrieb, es wäre durchaus unzweckmäßig, in dem Moment, wo die Zollvorlage die Arbeiter erregt, noch auf Lohnherabsetzung und Arbeitszeitverlängerung zu bestehen. Jeder Arbeiter wird sich erinnern, daß während der Verhandlung der Zollvorlage im Reichstage Rindungen von Tarifen durch die Unternehmerschaft nicht oder nicht in größerem Umfang erfolgten. Ja, als von Unternehmern und Gewerkschaften die Tarife für die rheinisch-westfälische Metallindustrie gefordert wurde, wobei die Unternehmer Lohnherabsetzung und die Gewerkschaften Lohnherhöhung verlangten, wurde ein Schiedsspruch gefällt, der zwar nicht die geforderte Lohnherhöhung, aber innerlich eine von ein paar Pfennigen für einige Kategorien brachte.

Inzwischen ist die Zollvorlage angenommen, inzwischen ist die „Steuerreform“ bewilligt. Die Schwerindustrie kann daran gehen, ihr im Mai aufgestelltes Programm zu verwirklichen. Sie versucht das, indem sie die „Preisabbau-Aktion“ ihrer Regierung so auslegt, wie es ihr paßt.

Der volksparteiliche Abgeordnete Dr. Kublentamp spricht vor der rheinischen Handelskammer und erklärt, daß die Lutherregierung nicht nur gegen die Kartelle der Unternehmer vorgehen solle, sondern auch gegen die „Arbeitskraftkartelle“, also gegen die Gewerkschaften vorgegangen werden müsse, weil sie den „leistungsfähigen Arbeiter mit dem unfähigen gleichstellen, wobei der Leistungskoeffizient immer mehr zurückfalle.“

Gleichzeitig nimmt der Vorstand und der Hauptauschuß des Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen der Industrie in Rheinland und Westfalen zusammen eine Entschliebung an, in der erklärt wird, daß die Preisabbau-Aktion begrüßt, aber darauf hingewiesen wird, daß die „Wirtschaft“ sich nur aufrecht erhalten kann, wenn sie Gewinne abwirft. Die Regierung solle sich bei der Beurteilung der Gesamtanlage bemühen bleiben, daß die Lebenshaltung des deutschen Volkes auf der Vorkriegeshöhe nicht gehalten werden kann, nachdem durch die Folgen des verlorenen Krieges und die allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit, die deutsche Gütererzeugung auf 70 Prozent des Vorkriegsstandes gesunken ist.

„Nur eine beharrlich durchgeführte Sparlampe des ganzen Volkes, gepaart mit einer ebenso beharrlichen und gleichzeitig wirtschaftlichen Steigerung der Gütererzeugung vermögen die schlechte Lage unseres Volkes zu heben. Dazu gehört größte Sparsamkeit der öffentlichen Hand, Verminderung der Steuerlasten (versteht sich „für die Wirtschaft“ D. Deb.), Verringerung der Kreditzinsen, Ermäßigung der Frachten und behutsame Behandlung des Lohn- und Sozialproblems.“

Das ist das Programm der Schwerindustrie, die auf ihre Weise das Teuerungproblem löst.

Die Regierung läßt inzwischen durch ein Korrespondenzbüro einen Artikel steigen, der dieselbe Linie einschlägt. Wir wollen die Hauptpunkte dieses Programms herausstellen und jeder Arbeiter wird feststellen, daß dies Regierungsprogramm der Unternehmer vom Mai und den beiden oben veröffentlichten Ausprüchen und Entschliebungen aufs Haar gleich ist. Als Erfolge werden da gepriesen, daß in „einer ganzen Reihe von Fällen“ die „Regierungsmaßnahmen bereits wirksam geworden sind — wenn nicht überall mit dem Ergebnis einer Preisentlastung, so zweifellos im Sinne einer Verminderung von Preissteigerungen.“

Streit der Baumwollspinner in Bombay

(Eig. Drahtb.) London, 22. September.
Aus Bombay wird berichtet, daß am Ende der vergangenen Woche die Arbeiter von weiteren Baumwollspinnereien in den Streit getreten sind. Im ganzen wurden davon etwa 40 Spinnereien betroffen. In den beiden Spinnereien, in denen die Streikbewegung ihren Anfang nahm, wurde dagegen die Arbeit wieder aufgenommen. Die Zahl der in den Streit getretenen Baumwollarbeiter hat sich im Laufe der letzten Tage auf 125 000 erhöht.

Berräter müssen schweigen

(Eig. Drahtb.) London, 22. September.
In Sugeitel ereignete sich im Verlaufe einer Versammlung, an der zahlreiche Arbeiter teilnahmen, einige Zwischenfälle. Als der frühere Minister Thomas das Wort ergreifen wollte, riefen zahlreiche Zuhörer, der Berräter soll schweigen. Der Redner versuchte zu sprechen, doch erhob sich ein solcher Lärm, daß ihn nichts übrig blieb, als sich zurückzuziehen. Nach einiger Zeit kam Thomas jedoch zurück und konnte seine Rede halten, nachdem die lauten Elemente die Versammlung zum Zeichen des Protestes verlassen hatten.

Kommunistenhebe englischer Reeder

(Eig. Drahtb.) London, 22. September.
In einer Erklärung des englischen Reederverbandes zum Streit der Seeleute wird gesagt, daß alle Personen, die Agitation des Streits führen, Kommunisten sind. Von der Regierung wird gefordert, daß sie gegen die Kommunisten und gegen diejenigen, die Seeleute an der Aufnahme der Arbeit zu hindern versuchen, scharfsten vorgegangen wird.

Vom Tage

Aus Skutari (Albanien) liegen Nachrichten vor, die von einer starken Gärung unter der Bevölkerung in diesen Distrikten berichten. Während der letzten acht Tage ist es wiederholt zu Aufständen gekommen.

In Marokko herrscht wieder erhöhte Kampftätigkeit. Die Rifkämpfer greifen unentwegt an. Da bei Mhucemas großer Wassermangel herrscht, befinden sich die Spanier in bedrohlicher Lage.

In Washington trat der vom Präsidenten Coolidge einberufene außerordentliche Gerichtshof zur Prüfung der „Szenario“-Katastrophe und der gegen die Luftschiffpolitik der Regierung erhobenen Anklagen zusammen.

Aus Manchester wird berichtet, daß die anglo-russische Weizenexportgesellschaft 500 000 Tonnen Weizen und Gerste aus Rußland bestellt habe.

Nach Meldungen aus Paris herrschte am Montag von 11 bis 1 Uhr mittags vollkommener Telefon- und Telegraphenstreik. Der Grund war Unzufriedenheit der Beamten und Bediensteten mit den jetzigen Gehältern.

In Leipzig sind die Packer und Möbelträger wegen Lohnunterschieden in den Streit getreten.

Die am Sonnabend geführten Lohnverhandlungen zwischen dem Reichsstaatsministerium und den Tariforganisationen der Postarbeiter sind ergebnislos verlaufen.

Genosse Max Höls, dem im Zuchhaus Dr. Streblitz alle den politischen Gefangenen ausstehenden Vergünstigungen entzogen worden sind und der schimmer wie ein gemauerter Berggucker behandelt wird, ist gestern in den Hungerstreik getreten, um eine menschenwürdige Behandlung zu erzwingen.

zent und entsprechende Maßnahmen bei den Großhändlern werden niedrigerer Kleinfachpreis...
Preußen gewährleistet die Einhaltung dieser Verdienstspanne durch Polizeimaßnahmen.

Hierzu ist zu bemerken, daß die letzte „Allion“ bereits ins Wasser gefallen ist. Die Vorkäufer nehmen die Preile, wo sie ihnen passen. Und die Herabsetzung der Umsatzsteuer, die der Artikel als besondere Maßnahme hat, stellt sich so aus, daß die Senkung ungefähr 20 Pf. pro Tonne Rohste beträgt, und im gleichen Augenblick die Fachsenner durch Einlegen sogenannter „Winterpreise“ den Preis pro Tonne um 4 Mark erhöhen!

Das oben wird die Luther-Regierung nichts unternehmen, verfährt sie doch selbst.

Es ist jedoch bei allen Maßnahmen zu beachten, daß die Regierung nicht beabsichtigt, Preise zu diktiert und gleichsam mit Kriegsmahnahmen vorzugehen.

Das zeigt, wie die Regierung gegen die Unternehmer vorgehen wird.

Anderes wird die Sache schon, wenn es sich um die Arbeiter handelt. Da beweist das Lutherabkett, wie treu es das Unternehmerprogramm durchzuführen will.

Wichtig ist freilich auch, daß die ganze Aktion nicht gleichmäßig durch Lohnerhöhungsmaßnahmen durchgeführt wird, daß auf der anderen Seite aber die für unsere Stellung auf dem Weltmarkt entscheidende deutsche Qualitätsarbeit durch Begünstigung der Bestrebungen unterstützt wird, die auf eine weitere Differenzierung in der Bezahlung qualifizierter und unqualifizierter Arbeit hinauslaufen.

Man vergleiche diese Stelle mit der Rede Auhentams (Auhentams ist Präsidiumsmitglied des Bauverbundes und des Präsidiums des Zentralverbandes des Deutschen Großhandels), man vergleiche diese Stelle mit den Unternehmerforderungen vom 1. Mai, und man findet, wie die Einheit hergestellt ist zwischen Unternehmer- und Regierungsprogramm.

Die Arbeiter werden sich dagegen zur Wehr setzen müssen. Gegen die einige Front von Unternehmer und Regierung kann nur helfen die einige Front aller Arbeiter. Wenn die Unternehmer gegen die Gewerkschaften vorgehen wollen, wenn sie versuchen, die Arbeiterklasse zu spalten durch Auspielen „qualifizierter“ gegen „unqualifizierte“ Arbeiter und umgekehrt, werden die Arbeiter darauf antworten, indem sie die Einheit der Gewerkschaften herstellen und geschlossen gegen Unternehmer und Luther-Regierung kämpfen, um sie zu stürzen.

Dr. Helm rebelliert gegen das Zentrum

(Sig. Straß.) München, 22. September.
Auf der Jahresversammlung des bayerischen patriotischen Bauernvereins zu Rantenhausen erklärte der Abgeordnete der Bayerischen Volkspartei Dr. Helm sich gegen den Sicherheitspakt und der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund. Gegenüber dem Zentrum erklärte er, nicht die Bayerische Volkspartei müsse zum Zentrum kommen, sondern umgekehrt, das Zentrum müsse einen grundsätzlichen Wechsel in seinen Ansichten durchführen. Er wandte sich dabei gegen Wirth und Grabner. Am Schluß forderte er, daß an die Spitze Bayerns wieder ein Herrscher aus dem Hause der Wittelsbacher kommen müsse. Bezüglich des Preisabbaues meinte er, dieser läge für die Bauern nicht in Betracht.

Verhandlungen im Baugewerbe gelichtet

(Sig. Straß.) Berlin, 21. September.
Die im Reichsarbeitsministerium zwischen dem Reichsverband der Bauleitungen und den berechtigten Angestellten-Organisationen stützenden Tarifverhandlungen haben zu keinem Ergebnis geführt. Die Bauleitungen lehnen jedwede Gehaltserhöhung der außerordentlich schlecht bezahlten Baufachleute ab.

Landbündelstele oder moderne Bauernlegerei

Nachdem vor einigen Wochen die Ströbberger Landbündelgenossenschaft des Landbundes in Liquidation treten.

Diese landbündelstele Genossenschaft, Vorläuferin des Landbundes, wurde nach dessen Gründung aus einer Warengenossenschaft in ein Kreditinstitut der Landbündelgenossenschaft umgewandelt. Sie überließ dem Landbund ihren gesamten wertvollen Besitz und erhielt als Gegenwert zwei Drittel der Landbündelbakterien. Sie ist jetzt natürlich vollkommen wertlos. Außerdem leistete diese Genossenschaft Bürgschaft für ein Darlehen von 400 000, das der Landbund aufgenommen hatte.

Durch die Mißwirtschaft der landbündelstele Grobagrarien haben die Kleinbauern nicht nur ihr gesamtes Vermögen verloren, sondern müssen auch noch für die 400 000 Mark aufkommen.

Diese Pleite ist das beste Beispiel, dafür, daß die Kleinbauern immer die Fische bezahlen müssen, die die Grobagrarien machen.

Die schlesischen Kleinbauern haben schweres Lehrgeld zahlen müssen. Die übrigen Kleinbauern werden noch mehr zahlen, wenn sie glauben, im Bunde mit den Grobagrarien ihre wirtschaftliche Lage heben zu können.

Die schlesische Landbündelstele ist moderne Bauernlegerei! Nur im Bunde mit den städtischen Proletariat werden auch die Kleinbauern erfolgreich gegen Steuerdruck und Wucher ankämpfen können.

Im Landbund werden sie stets die Betrogenen sein!

Lohnverhandlungen bei der Post

Ablehnende Haltung des Reichspostministeriums
Berlin, 21. September.

Die bürgerliche Presse meldet:

Die am 7. September verlaufenden Lohnverhandlungen bei der Deutschen Reichspost fanden gestern ihren Abschluß. Staatssekretär Sauter legte den Tariforganisationen in eingehender Weise den Standpunkt der Verwaltung dar. Nach längerer Aussprache, in der die Vertreter der Arbeitnehmerorganisationen auch ihren grundsätzlichen Standpunkt zu dieser Frage dargelegt haben, äußerten sie ihr lebhaftes Bedauern über die ablehnende Haltung des Reichspostministeriums. Da aber die zurzeit geführten Verhandlungen über die Regelung der Ortszulagen voraussichtlich zu einer Vereinbarung führen werden, wurde zunächst davon abgesehen, in dieser Frage weitere Schritte zu unternehmen.

Betriebsstillegungen und Massenentlassungen in Stettin

(Sig. Straß.) Stettin, 22. September.

1400 Arbeiter werden bei Stöwer entlassen. Am Sonnabend fanden zwischen dem VMB und dem Ausbeuterverband Besprechungen statt, in denen der Vertreter der Firma Stöwer erklärte, daß der Betrieb nicht weiter aufrecht erhalten werden könne, da es an flüssigen Geld mangle und die Banken Kredite verweigern. Es sind Aufträge genügend vorhanden. Das Werk liegt voll Rohmaterial, das jetzt verrotzt und verdirbt. Die Firma forderte Aufhebung der geleglich vorgeschriebenen Sperrfrist für Kündigungsgen. Es wurde dann im Laufe der Verhandlungen mit Bestimmtheit erklärt, daß ab Mittwoch, den 23. September 1400 Mann zur Entlassung kommen. Die übrige arbeit weiter beschäftigt. Die Stöwerwerke zeichnen sich bisher durch ein widerliches Einzelstufen, miserable hygienische Einrichtungen aus. Neben Stöwer sind Entlassungen in fast allen 6 kleiner Großbetrieben festzustellen. Die Stöwerwerke, die Albatros, die Halbaner, haben schon hunderte von Arbeitern entlassen. Weitere Entlassungen stehen auch dort bevor. Heute findet die Generalversammlung des VMB statt. Die Arbeiter fordern vom VMB Konkretnachnahmen für die Deckung der

Betriebe mit Hilfe von Staatskrediten, unter der Kontrolle der Reichsräte und Gewerkschaften; für städtische Bedürfnisse zur ausreichenden Unterstützung der Gewerbetreibenden.

Wie über das SPD-Programm „abgestimmt“ wurde

Die „Zeitspiegel“-Kollektive...
Berichterstatter aus Heidelberg darüber berichten.

Nach auf dem Parteitag war von einer solchen gründlichen theoretischen Auseinandersetzung keine Rede. In zehn Minuten Redezeit lassen sich keine Probleme eingehend behandeln. In etwa anderthalb Stunden war denn auch die Aussprache beendet.

Die Abstimmung über das Programm war eine derartige, daß viele Delegierte nicht wußten, worum es sich handelte. Was sich über die Abstimmung von Material abhändelte und erklärte nach dieser Abstimmung, daß das Programm gegen 8 Stimmen angenommen sei. Unmittelbar darauf begann er mit seiner Schlußrede, so daß es den Delegierten, die gegen das Programm stimmten wollten, gar nicht möglich war, gegen die Art der Abstimmung Einspruch zu erheben. Wir fühlen uns verpflichtet, festzustellen, daß von einer formellen Abstimmung darüber, wer für und wer gegen die Annahme des Programms sei, keine Rede war.

Nun — und die Mitbewandlung? Der Parteivorstand hat sein Programm und wird es gegen die Mitgliedschaft anzuwenden wissen. Er hat bereits seit Jahren ohne die Zustimmung des Parteitages und nicht nur gegen das Parteiprogramm, sondern sogar gegen das Parteistatut gehandelt. Was aber gegen die Opposition in Schlesien und Oberschlesien zu tun, die sie selbst sagt, daß dies neue Programm durchaus gegen die Interessen der Arbeiterschaft gerichtet ist?

Kampf der sozialdemokratischen Schwedischen Regierung

(Aus einem Schwedischen Esperantobrief.)

In Kalmar und Sundwall sind wegen einem Streit ungefähr 10 Arbeiter verhaftet, in Sundwall außerdem zwei Streikende erschossen worden. Die sozialdemokratische Regierung hat den Streikbrechern und Faschisten das Waffentragen untersagt. Wir kommunistischen Gewerkschaftler können diese verbrecherische Handlungsweise der sozialdemokratischen Regierung nicht ruhig hinnehmen. Die Metallarbeiter von Göteborg haben einen Aufruf an die Gewerkschaften erlassen, in dem aufgefordert wird, die ganze Kraft gegen die Streikbrecher und Faschisten zu konzentrieren. Wir haben einen Plan für den Kampf gegen diese Elemente ausgearbeitet und an alle Gewerkschaftsorganisationen in Schweden verabsandt. Der Kampfplan ist von sehr vielen Gewerkschaften begeistert aufgenommen worden, stellt er doch eine Basis für einen einheitlichen Kampf der gesamten Arbeiterschaft dar. Er ist mit ein Weg zur Bildung der wahren Einheitsfront des Proletariats, gegen alle Feinde der Arbeiterschaft und gegen deren Lakaien. Nur habe ich einen speziellen Wunsch. Für uns gilt es nun, eine Organisation zu schaffen, die der Arbeiterschaft im Kampfe als Stoßtrupp vorangeht. Wir wollen keinen von den deutschen Klassen-genossen. Wie ist bei Euch die Organisation „Rot Front“ organisiert? Habt Ihr noch die proletarischen Hundertschaften? Alles dies wünschen wir zu wissen, um von Euch zu lernen, die Ihr nicht Erfahrungen wie wir in dieser Beziehung habt. Ueber die sozialdemokratische Schwedische Regierung hinweg, die Streikbrecher und Faschisten bewaffnet und beschützt, wollen wir gemeinsam mit dem gesamten Proletariat eine Kampffront errichten, die uns die Gewähr gibt, daß derartige Schreckensszenen einer sozialdemokratischen Regierung nicht wieder vorkommen können. Es lebe „Rot Front“ in Deutschland, „Rot Front“ wird leben in Schweden, die rote Front wird einstmals in der ganzen Welt aufmarschieren und die Feinde des Proletariats dahin jagen, wo sie hingehören.
Mit kommunistischem Gruß!

TASCHKENT

DIE BROTREICHE STADT

ALEXANDER NEWBROW
20 NEUER DEUTSCHER VERLAG — BERLIN W 8

Mischla schwang den Kopf:
„Kaufe!“
Ein Kirgise mit hellem Bartchen und vorgezogenen Lippen trat auch näher, betrachtete den Kopf von oben und unten und fragte rüchlich:
„Wieviel?“
„Ich geh ihn billig weg, Bierkaufend.“
„Eintausend.“
Trofim rief hinter dem Rücken des Kirgisen:
„Wem gehört der Kopf?“
„Mir!“ jagte Mischla.
„Wieviel willst du?“
„Bierkaufend.“
„Verkauft du ihn, oder verstreißt du dir nur die Zeit?“
„Was geht das dich an?“ erwiderte ebenso erakt Mischla.
„Willst du ihn verkaufen, so gib ihn für dreitausend Rubel her und hast. Willst du?“
Der Kirgise sah den neuen Käufer an, sprach aus, geriet in Eifer, fing an, das Futter zu befehlen.
„Hier ist nichts zu befehlen. Der Stoff ist gut. Willst den Kopf noch zwei Jahre tragen.“
„Aubere Kirgisen lassen dazu, machen Varn, boien.“
„Zweitausend.“
„Geht nicht, Genossen, billiger geh ich ihn nicht weg.“
„Nun dreitausend! Ge?“
Trofim schickte ihm leise zu:
„Lass einhundert noch!“
Mischla schlug dem Kirgisen auf die Hand wie ein erschrockener Bauer, sagte laut:
„Geh wohl, mein Heber Kopf! Der Stoff ist zu gut!“
„Nun sie Brot hatten, war ihnen nicht mehr schumm zu machen.“
Mischla trat es an der Brust, bracht es fest an sein Herz. Seine Augen knisterten vor Freude, die Lippen zuckten vor

Ungeheuer. Man hatte...
sich mit dem hungigen Mund in das große Laib Brot einzubeißen, die Stute ungerfaut zu verschlingen, doch hier auf dem Markt ging es nicht gut. Hungernde Stacheln jagten vorbei, sahen mit eingesenken Augen auf das Brot, konnten es ihm wegnehmen. Mischla und Trofim, jetzt die reichsten Menschen, gingen hinter die Station, ins Feld, um zu essen.
Schon glänzte die Sonne vom Himmel herab. Rinsumher erhoben sich weiße Kirgisenhäuser. Garallos bellten Hunde.
Und vor allem das Brot!
Das weiche, noch warme Laib Brot lag auf Mischlas Knien, und darum erhoben die weiße Steppe, der Himmel über der Steppe, die weißen Kirgisenhäuser ebenso weiß, warm, beruhigend.
„Nun los!“ jagte Mischla entzückten und ließ sein spitzes Messer in das Brot. „Hier, ist auf meine Gesundheit!“
Er selbst bezeugte sich freudig, als er zu lachen begann, und sah erkrankt der Kameraden an.
„Du betest nicht?“
„Du betest nicht mehr.“
„Warum?“
„So. Keine Lust. Gib mir noch ein Stückchen! Das ist zu viel! Weniger! Wollen nicht alles auf einmal essen. Wollen für später ein wenig aufheben.“
Sie aßen lange, nahmen keine Hüfen. Die ausgehungerten Bäuche wurden schwer. Der Körper füllte sich mit Ruhe, mit angenehmer, toller Trägheit. Man bekam Lust, in der Sonne zu schlafen, alles zu vergessen, an nichts zu denken. Mischla streckte die Hüfte mit den breiten Pantföhnen aus, lag lange da mit ausgeschreckten Armen. Dann legte er sich wieder auf, schaute schlaftrig auf das immer kleiner werdende Laib Brot, schnitt sich kleine Stückchen ab.
Trofim tröstete ihn:
„Brauchst den Kopf nicht zu bedauern. Hauptfrage, man bleibt am Leben, es kommt schon wieder besser.“
Nach dem Essen tranken sie lange auf der Station taites Wasser am Wassertrink, hielten die kalten, beruhigten Mäuler unter den Wasserhahn, wuschen sich.
„Wollen uns ein wenig infinden.“ jagte Trofim und betrachtete seinen schmutzigen Bauch. „Wollen die Hände mit Sand reiben!“
„Der Kopf macht uns ja.“ schüttelte sich Mischla. „In einem fort trabt es da herum.“

„Kaufe?“
„Nicht wenig...“
„Nein, sie nur nicht, sonst beissen sie noch ärger...“
Sie spielten, bespritzten sich mit kaltem Wasser, es wurde ihnen ganz leicht zumute. Als sie eine Zeitlang gespielt hatten, zwinkerte Mischla schlau:
„Jetzt lorge du weiter.“
„Wofür?“
„Dah wir weiterfahren können.“
„Und was machst du?“
„Ich hab dich mit Brot gesättigt...“
Man ließ auf der Station nicht einsteigen.
Durch die Wagen, über die Wagendächer gingen Soldaten mit Gewehren, schmissen die Erde hinaus, jagten die Bauern und ihre Frauen herunter, verlangten Papiere. Die Bauern liefen hinter den Soldaten her, verbogen demütig die entblößten Köpfe. Von dumpfer Verzweiflung erfasst, flüchteten sie wieder auf die Puffer, von den Puffern auf die Dächer, wurden wieder verjagt, versuchten es wieder, wie die Löwen, mit schweigender Hartnäckigkeit, ließen ans Ende des Juges, zur Lokomotive.
Mischla und Trofim wurden viermal weggejagt. Viermal schwangen die Soldaten ihre Kolben, ritten drohend:
„Weg da!“
Neben einem zerstörten Wagen saßen drei Bauern, zwei Bauernfrauen, ein kleines Mädchen, ein Greis und ein Soldat mit einem Solzbein. Als die Bauern den vorkommenden Zug sahen, dachten sie, es würde ihnen vielleicht doch gelingen, hinaufspringen, sich festzuklammern, die schreckliche Stelle zu verlassen. Als aber die Lokomotive vorgefahren kam und die Wagen mit den freien, gelerten Wagendächern am Depot vorbei langsam in die blaue Steppe hinausfuhren, sagte einer der Bauern verzweifelt:
„Jetzt sind wir dem Tod ausgeliefert. Kommen weder vorwärts noch rückwärts. Wohin jetzt?“
„Gehen wir zur Rangierstelle“, meinte ein anderer. „Dort steigen wir ein.“
„Wird man es denn erlauben?“
„Werden niemand fragen!“
„So weit kommen wir nicht“, sagte der Soldat. „Wir schaffen's nicht.“

Der Verbandstag der Porzellanarbeiter

Am 20. September 1925 wurde in Magdeburg der 12. Verbandstag der Porzellanarbeiter eröffnet. Im Mittelpunkt dieser Tagung wird die Frage: Schaffung eines Industrieverbandes der keramischen Industrie oder Anschluß des Porzellanarbeiter-Verbandes an einen größeren freigewerkschaftlichen Verband, stehen. Von den beiden großen Verbänden, die für den Anschluß in Betracht kommen, den Fabrikarbeiterverband und den Bauarbeiterverband, sind Vertreter des Hauptverbandes anwesend.

Durch den Vorsitzenden des Verbandes wird die Tagung durch eine Begrüßungsrede eröffnet, in welcher er zum Ausdruck bringt, daß in den letzten drei Jahren der Verband durch die Inflation, durch das brutale Auftreten der Unternehmer, schwer zu kämpfen hatte. Er hofft, daß die gewerkschaftliche Arbeit in Zukunft wieder vorwärts gehen wird. Anschließend fanden Begrüßungsansprachen und Wahl des Präsidiums sowie einer Beschwerdekommission statt.

Nach Annahme der Tagesordnung wurde vom Vorsitzenden der Rechenschaftsbericht gegeben, der auch ausführlich gedruckt den Delegierten vorlag. In dem mündlichen Bericht besprach der Vorsitzende die internationale finanzielle Solidarität, die vom tschechischen Bruderverband insbesondere gewährt worden ist. Aus dem gedruckt vorliegenden Bericht geht hauptsächlich hervor, wie der Porzellanarbeiterverband in der verflochtenen Zeit bestrebt war, einen Industrieverband zu schaffen. Der Bericht des Kassierers liegt ebenfalls gedruckt vor.

Als erster Diskussionsredner sprach Meinhardt. Nach seinem Dafürhalten sei es die anti-gewerkschaftliche Stimmung, die von einer gewissen Seite (Kommunisten!) erzeugt worden sei. Als die 8-Stundenmarke herausgenommen sei, hätten die Kollegen gesagt, erst habt ihr den 8-Stundentag preisgegeben und jetzt wollt ihr ihn durch Volksentscheid wiederholen, ihr Verräter. Bemerkenswert war, daß er hier keinen konkreten Fall aufzählen konnte. Dagegen hatte der Kassierer ganz konkrete Fälle angeführt, was nicht einmal Angehörige des Verbandes 8-Stundenmarke abgenommen hätten. Die Ausführungen von Meinhardt fanden bei der Mehrzahl der Delegierten keinen Beifall. Jeder hatte das Gefühl, daß sie sehr wenig am Werke waren.

Nach ihm sprach der Kollege Höpfer. Er sprach seine Verwunderung aus, daß der Hauptvorstand in seinem mündlichen Bericht die Frage der Herstellung der internationalen Gewerkschaftseinheit übergegangen ist, und er ersucht, daß der Hauptvorstand in seinen späteren Ausführungen dazu Stellung nimmt. Die Auffassung zu dieser Frage, wie sie in der „Ameise“ steht, kann er nicht teilen. Es ist nicht die Aufgabe der Gewerkschaften, den technischen Fortschritt in Amerika zu studieren, sondern wichtiger für die Arbeiterklasse in Deutschland wäre in Rußland festzustellen, wie die Arbeiter dort ihre Freiheit errungen haben und das Kapital besiegt. Um den technischen Fortschritt in Amerika folgen zu können, ist es in erster Linie die deutsche Kapitalisten selbst kümmern. Er gibt zu, daß in Rußland die keramische Industrie schließlich nicht so auf der Höhe ist wie in Deutschland, das ist aber noch kein Grund, einen Vergleich mit Zulußaffern anzustellen, wie es in der „Ameise“ geschieht.

Höpfer erklärte, daß es falsch ist von unverantwortlichen Elementen zu reden, die an dem Rückgang der Organisation schuld seien. Es waren vor allem die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse, die sich seit 1918 ständig zugespielt haben und der Diskussion innerhalb der Gewerkschaften die Stärke gaben. Da auch in Zukunft die Frage steht, ob wir durch Reformarbeit oder durch die Revolution zum Sozialismus kommen, wird der Meinungsstumpf um diese Frage weiter gehen. Es wird dabei viel von der sachlichen Haltung des Hauptverbandes abhängen, ob der Meinungsstumpf diese harten Formen annimmt wie früher. Zum Schluß betonte Höpfer, daß wir als Kommunisten alles tun werden, um die Organisation an Mitglieder und finanziell zu stärken. Er begründet es, daß der Kassierer unparteiisch die Mängel und Fehler der Organisation aufgedeckt hat. Er bringt den Beweis, daß in seiner Zahlstelle wo der Vorstand aus 3 Kommunisten besteht, noch ein gutes Organisationsverhältnis ist und die Kollegenschaft noch jederzeit ihre Pflicht erfüllt hat.

Städter, Rathhütte polemisiert gegen Höpfer, spricht von revolutionären Kollegen die nur die große Klappe hätten. Auf den Zuruf eines Delegierten, die Beweise zu bringen, bringt er wieder eine Behauptung ohne Beweis und sagt: Ihm hätten Kollegen gesagt, sie wären aus der kommunistischen Partei herausgeschmissen worden, weil sie sich weigerten, die Gewerkschaftsführer herunterzureißen. Er nannte auch hier weder Namen, noch konnte er Anweisungen zitieren, in denen sich eine Aufforderung der kommunistischen Partei gestanden hat. Der Kollege Höpfer hatte versucht, sachlich zu diskutieren. Bei einigen Delegierten scheint dieses Bedürfnis nicht vorzuliegen. Hoffen wir, daß die Mehrzahl der Delegierten bei den weiteren Debatten im Interesse des Verbandes von einer solchen Diskussion Abstand nehmen. Der Antrag Alt-Haldensleben, zur Tagesordnung einen Vortrag über das Thema: „Amsterdam II und Moskau III. Internationale halten zu lassen, wurde vom Verbandstag abgelehnt. Dafür stimmten nur 7 Delegierte.

Die „gnädigen Frauen“ beschimpfen Arbeitermädels

Gewissermaßen zum Abschluß des Jubiläums der Hausfrauenvereine erscheint in der Deutschen Tageszeitung „Der Organ der Hausfrauen (und auch der Hausfrauenvereine)“, ein Artikel, der die reaktionäre, arbeiterfeindliche Stellung gewisser „gnädigen Frauen“ kraß beleuchtet.

Eine Helene Wend schüttelt ihr Herz aus. Das sogenannte Hausgehilfengesetz, das dem Reichstag vorliegt, hat es der Sache angeht. Sie läßt sie schimpfen, sie entläßt sich, wird während, kurz sie gebärdet sich, wie es von einem Mitglied der herrschenden Klasse zu erwarten ist.

Rufen wir die „gnädige Frau“ selbst sprechen. Sie meinten Hausfrauen ahnen noch nicht, was ihnen bevorsteht. Sie werden eines Tages von den Tatsachen überrollt sein.

Und deshalb ruft die bourgeoise Helene zur Abwehr einer geradezu vollstündigen Gefesgebundung“ auf. Vorher läßt sie noch eine Drohung los und behauptet sich, daß, wenn dieses vollständige Gesetz angenommen würde, die „deutschen Hausfrauen“ alle technischen Erleichterungen benutzen würden, oder aber männlicher Arbeiterschaft den Vorzug geben werden.

Die Arbeitszeit wärmt die Dame am meisten. Statt der vorgesehene 11 stündigen Arbeitsbereitschaft einschließlich 2 bzw. 3 Essenspausen — also verschleierte Achtstundentag — hat man im Reichswirtschaftsrat die Fällung vorgeschlagen: 9 Stunden Nachtruhe, 2 Stunden Essenszeit, eine Stunde Freizeit.

Also auch eine 12 stündige Arbeitszeit, wie sie der Vorschlag des Reichswirtschaftsrats vorliegt, ist der Helene — und sie

bringt damit allen „deutschen Hausfrauen“ aus dem Herzen — zu wenig. Nach ihrer Auffassung läßt sich die Haushaltsarbeit nicht in eine starke Form zwingen; sie fordert deshalb, daß diese Bestimmungen aufgehoben werden und der „gnädigen Frau“ überlassen bleibt, wann ihr Arbeitermädels daß die Strohbeden klopft, schlafen und essen darf. Es ist in diesem Gesetzentwurf ausdrücklich zwei „freie Tage“ — in Wirklichkeit, Freiheit ab 3 Uhr Nachmittags festgelegt sind, bereitet der „gnädigen Frau“ die größte Sorge. Wenn da gleichgültig der Hausgehilfe, so lautet der amtliche Ausdruck für Stenistmädchen, das Haus verlassen kann, wie es ihm paßt, sind selbstverständlich die Dienstmädchen sittlich gefährdet.

Für junge ungesellige Mädchen bedeutet diese Art von Freizügigkeit leicht den physischen und moralischen Untergang. Gute Erziehungsvorläufe der Hausfrau werden durch solche Freizügigkeitsbestimmungen zunichte gemacht. Und das in einer Zeit, die ohnehin zu laxen sittlichen Auffassungen neigt, in der altbreitliche Sparsamkeit als „Summtheit“ verachtet wird!

Hier liegt der Hale im Pfeffer! Es wäre doch gar zu herrlich, wenn die Bourgeoisweiber mit dem wenigen Geld, das die „treuen Diensthöfen“ bekommen, noch anfangen könnten, was sie wollten. Besser wäre es natürlich, wenn die Arbeitermädels, die für solche Wesen schalten müssen, gar kein Geld bekämen, denn die gute Frau stellt fest, daß bourgeoise Familienväter unter der Zeitung setzen und Hausgehilfen kein ein „eintäglicher“ Beruf sei, da jede Sorge um den Unterhalt wegfällt. Wir machen der Helene einen praktischen Vorschlag: sie möge ihren Betrieb schließen und als Dienstmädchen den Preis anderer Leute wegweisen, dann hat sie die beneidenswerten Löhne und den freien Hausunterhalt, die sie bei Arbeitermädels so rühmend hervorhebt.

Selbstverständlich ist, daß nach Helene Wend Angaben die hochbegabten Dienstmädchen Seidenstrümpfe, Lackschuhe und elegante Kleidung tragen.

Sie wünscht die alte preussische Gesindeordnung zurück, die Friedrich der Große in Kraft setzte, denn dieses neue Hausgehilfengesetz bringt die Hausfrauen unter die Tyrannis der Untergebenen.

Die gute Dame wird sich täuschen. Die Arbeiter, Arbeiterinnen und Arbeitermädels werden aufpassen, daß ihre Wünsche nicht Wirklichkeit werden. Sie bedenken sich, daß sie, reichen Weibern für billige Grobchen die Treuarbeit abzunehmen und dann schlimmer als Hunde behandelt zu werden.

Der Artikel der „Hausfrau“ Helene Wend ist aber gleichzeitig ein Zeichen für die Freiheit der herrschenden Klasse, die sich wieder oben auf stellt und glaubt, mit der Arbeiterklasse umspringen zu können, wie es ihr paßt.

Helfen kann dagegen nur eine einzige Front der Arbeiter und Arbeiterinnen. Genau so, wie jeder Metallarbeiter, jeder Molnarbeiter sich organisiert, müssen die Stenistmädchen sich zusammenschließen zu ihrer gewerkschaftlichen Organisation. Auch der Kampf gegen „gnädige Frauen“ ist Klassenkampf und auch der Artikel der „gnädigen Helene“ ist ein Angriffssignal der herrschenden Klasse.

3000 Metallarbeiter ausgeperrt

(Sig. Draht.) Jöhentindurg, 22. September.

In der letzten Woche traten 400 Metallarbeiter in den Streik. Daraufhin haben die Unternehmer sämtlichen Metallarbeitern zum 1. Oktober gekündigt. Durch diese Maßnahme werden 3000 Arbeiter betroffen. Für den Fall, daß bis zum 1. Oktober keine Einigung erzielt wird, beabsichtigt der Unternehmerverband, die gesamte Metallindustrie im Bezirk Kärnten zu schließen, wodurch 50.000 Arbeiter arbeitslos würden.

Man rechnet mit dem Eingreifen des Regierungspräsidenten in Innsbruck.

Teno wird gegen Eisenbahner eingeleitet

Weimar, 21. September.

Wie auf allen Stationen der Reichseisenbahn, werden auch hier planmäßig berufsferme Leute auf der Eisenbahn ausgebildet. Diese Leute, meist Studenten und Personen aus dem Kaufmannstande, machen in der Regel eine 14tägige „Ausbildung“ durch und werden dann wieder entlassen, um anderen, anstehend von der Technischen Hochschule vermittelten Leuten Platz zu machen. Diese Leute werden nicht nur im Fahrplan, sondern auch in allen Zweigen und Abteilungen der Reichsbahn beschäftigt. Mit aller Deutlichkeit geht hervor, daß es sich hier um eine planmäßige Ausbildung von Streikbrechern handelt, die im Notfalle, schnell herbeigezogen werden sollen.

Die Offensive der Kapitalisten

(Sig. Draht.) Essen, 22. September.

Der Arbeitgeberverband der nordwestlichen Verale des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller hat den Rahmentarif für die Angestellten zum 31. Dezember 1925 gekündigt mit dem Ziel, eine Besserung der Arbeitszeit durchzuführen.

Die rheinischen Stahlwerke Duisburg entlassen für Anfang Oktober 350 Arbeiter und Angestellte, angeblich wegen Auftragsmangel.

(Sig. Draht.) Berlin, 22. September.

Die Lohnverhandlungen zwischen dem Reichspostministerium und den Gewerkschaften der Postarbeiter sind ergebnislos verlaufen. Die Reichspostverwaltung lehnt jede Lohnerhöhung ab. Sie will die Ortszulagen neu regeln. Wie dieses geschehen soll, wurde aber nicht bekanntgemacht.

(Sig. Draht.) Berlin, 22. September.

Die Lohnverhandlungen zwischen dem Deutschen Verkehrsverband und der Berliner Straßenbahnbetriebsgesellschaft zwecks Lohnerhöhung sind ergebnislos verlaufen. Die Straßenbahner fordern Erhöhung der Löhne ab 1. September, die Direktion lehnt das ab, da der Tarif bis zum 31. Oktober läuft. Auch bei der Berliner Hochbahn ist eine Lohnbewegung im Gange. Zur Regelung der Lohnverhältnisse bei den Berliner städtischen Arbeitern finden Verhandlungen statt.

Die schweizerischen Arbeiter fordern eine Delegation nach Rußland

Die Züricher Straßenbahner nahmen folgende Resolution an:

1. Die Sektion Zürich des FVVD beauftragt die Geschäftsleitung, mit dem Gewerkschaftsbund in Verbindung zu treten, daß auch die schweizerische Arbeiterschaft eine Delegation nach Sowjetrußland abordnet.
2. Sollte das Bundeskomitee des GV diesen Wunsch ablehnend gegenüberstellen, tritt die Geschäftsleitung mit anderen Zentralverbänden in Verbindung, um zusammen mit denselben eine Delegation abzuordnen.

Neue bevorstehende Konflikte im englischen Bergbau

Die Abwehrmaßnahmen der Arbeiterschaft

Trotz der am roten Freitag zwischen den Bergarbeitern, den Bergherren und der Regierung erfolgten Vereinbarung, daß ein Vornahbau nicht verfolgt, aber auch Vornahlagen nicht gewährt werden, bevor eine förmliche Untersuchungskommission genaues Material über die Lage des englischen Bergbaues fertiggestellt hat, beginnen die Bergarbeiter bereits heute Lohnkürzungen vorzunehmen. In einer am 18. September stattgefundenen Konferenz zwischen Bergarbeitern, Unternehmern und Regierung protestierten die Vertreter der Bergarbeiter gegen diese Durchbrechung der Vereinbarungen vom 31. Juli, vor allem gegen die Entlassung jener Arbeiter, die sich gegen die Lohnherabsetzung wehrten. Die Bergherren erklärten, daß sie keinesfalls das Abkommen durchbrechen hätten, sondern daß dasselbe Beibehaltung des alten Lohnabkommens vorliehe, in dem Lohnkürzungen festgelegt seien. Selbstverständlich stimmten die Vertreter der Bergarbeiter dem Vorschlag zu. Wollen die Unternehmer und die Regierung auf solche Weise ihre Überlegenheit am roten Freitag wieder weismachen? Sie werden sich gewallig ertzen! Nach erregter Debatte haben bereits die Bergarbeiterführer die Sitzung mit der Androhung des Streiks verlassen.

Zwar haben sie beschlossen, noch einmal mit dem Arbeitsminister und Baldwin zu verhandeln, aber schon verkündet, daß bei dem Scheitern der Verhandlungen erste Kampfmaßnahmen getroffen werden. Dieser Beschluß wird in den Reihen des gesamten englischen Proletariats Widerhall finden und wird bereit sein, den Kampf der Bergarbeiter zu einer umfangreichen Aktion der gesamten englischen Arbeiterschaft zu gestalten.

Überall findet das Bündnis der Berg- und Metallarbeiter mit den Eisenbahnern neue Zustimmung. Ein außerordentlicher Kongreß des Verbandes der Mechaniker und Lokomotivheizer hat nach eingehender Aussprache beschlossen, dem Bündnisvorschlag des Generalrats der Trade Union zuzustimmen. Die Bergarbeiter haben den Entwurf für die Verfassung der Alliance bereits angenommen. Der Transportarbeiterverband nimmt gegenwärtig noch eine Abstimmung unter seinen Mitgliedern vor. Der Eisenbahnerverband macht noch Vorbehalte, die in den nächsten Tagen über bereits Klärung finden werden. Der Verband der Gleisbauarbeiter hat ebenfalls die Verfassung der Alliance angenommen und der Elektrikerverband hat sich mit großer Mehrheit zu dem Beitritt zur Alliance erklärt. Die Beschlüsse des Kongresses von Scarborough finden also im gesamten englischen Proletariat begeisterten Widerhall.

Die englischen Bergarbeiter sind bereit, den Forderungen der Regierung und der Bergherren aufzugeben. Nach dem Abschluß des großen Kampfbindnisses sind sie stark genug, ihre Forderungen reslos durchzusetzen. Sie müssen sich heute schon völlig klar über die kommenden Kämpfe werden.

Der Sekretär des Bergarbeiterverbandes, Kamerad Coole warnte in einer Rede vor den Arbeitern in Blackbourn bereits vor den Illusionen über die Resolute der förmlichen Untersuchungskommission für den Bergbau. Der Kapitalismus sei nicht in der Lage, eine Lösung der Krise im englischen Bergbau herbeizuführen. Die geschlossene Kampffront der Arbeiter müsse das kapitalistische System stürzen und damit zur Lösung auch der Krise im Bergbau beitragen.

Durch wüste Verleumdungen durch einen ganz infamen Agentenfeldzug versucht jenseit die englische Bourgeoisie Coole herabzusetzen und glaubt scheinbar, damit den Kampf der englischen Arbeiter aufzuhalten oder zu desorganisieren. Die englische Arbeiterchaft, die auf dem Kongreß von Scarborough eine feste Grundlage für den Klassenkampf, für die Gewerkschaftseinheit gefunden hat, ist durch solche Mänschen nicht von ihrem Ziel abzubringen.

Es ist aber Pflicht des internationalen Proletariats, den sich entflammenden Kampf mit größtem Interesse zu verfolgen und dafür zu sorgen, daß keine Verbände speziell die Bergarbeiterinternationalen, sich hinter Coole stellen und den Kampf der englischen Bergarbeiter voll und ganz unterstützen. Es darf den Führern nicht möglich sein, die internationale Unterstützung der englischen Bergarbeiter zu untergraben. Überall muß der Kampf um die Gewerkschaftseinheit weit intensiver als bisher geführt werden. Das ist die Antwort, die das internationale Proletariat den Sabotageberühten der englischen Bourgeoisie und der Hilfe gewisser reformistischer Bergarbeiterführer geben muß. So helfen wir den englischen Bergarbeitern, den Sieg über die englischen Bergherren zu erringen.

Solidarität der streikenden Seeleute mit ihren eingekerkerten Kameraden

(Sig. Draht.) London, 22. September.

Der Seemannsstreit in Australien wird von den Streikenden mit großem revolutionären Eifer weitergeführt. Die Unternehmer suchten Verhandlungen nach, dieselben wurden aber von den Seeleuten abgelehnt. Die Streikenden verlangen, daß die eingekerkerten Streikenden freigelassen werden, bevor sie in Verhandlungen treten. Dieses Beispiel revolutionärer Solidarität mit den politischen Gefangenen verdient in der gesamten Arbeiterbewegung nachgeahmt zu werden.

Vor der Jahreskonferenz der Labour Party in Liverpool

Am 29. September beginnt in Liverpool die 25. Jahreskonferenz der englischen Labour Party, die vier Tage dauern soll. Die gesamte bürgerliche Presse beschäftigt sich schon mit ihrer Tagesordnung, da der Revolutionierungsprozeß innerhalb der englischen Arbeiterschaft natürlich nicht spurlos an der Partei vorübergegangen ist. Die besondere Zusammenlegung der Labour Party und der Union, daß die Gewerkschaften ihr korporatives angeschloßen sind, macht den Prozeß der Umgestaltung um so deutlicher.

Besonders wichtig ist der von einer Reihe hervorragender linker Gewerkschaftsführer unterzeichnete Antrag an den Kongreß, der die Aufhebung des im letzten Jahre mit knapper Mehrheit gefassten Beschlusses über den Ausschluß der Kommunisten aus der Labour Party zum Ziel hat. Dieser Antrag — den u. a. der Bergarbeiterführer Coole, der Vorsitzende des diesjährigen Gewerkschaftskongresses in Scarborough, Smales, der Führer der Rußland-Delegation, Purcell, unterzeichneten — weist ausdrücklich darauf hin, daß „eine Kampagne gegen irgendwelche Arbeitergruppen wegen ihrer „fremden Ansichten“ nur zu Mißtrauen, Spott und Zersplitterung und zu sehr schlechten Ergebnissen in der Politik führen müsse“.

Auch eine Reihe anderer Entschlüsse gegen den Sabotageakt, den englischen Imperialismus legt — ähnlich wie dem Gewerkschaftskongreß — vor; infolgedessen ist es klar, daß die rechten Führer alles ausbieten werden, um nicht, wie in Scarborough, den letzten Rest ihres Stimmzuges zu verlieren.

Die Streikniederlage der französischen Bankangestellten

Von ...

Der Streik der französischen Bankangestellten hat mit einem Siege des Bankkapitals geendet. Nach einer Kampfdauer von 50 Tagen ist der Streik zusammengebrochen. Die Wiederaufnahme der Arbeit erfolgte unter nachfolgenden Bedingungen:

- Keine Mahnung der Angestellten wegen Streikbeteiligung mit Ausnahme von Berufsvergehen.
- Abzahlung einer Kohlenzulage in Höhe von 200 Fr. und einer besonderen Zulage in gleicher Höhe.
- Keine Abzahlung der Streiktagelohns, dagegen Abzahlung der Überstunden zur Griedelung der während des Streiks aufgetragenen Arbeiten.
- Prüfung der Gehälter gegen Ende des Jahres.

Das Bankkapital nutzt selbstverständlich seinen Sieg aus und maßregeln die aktiven Elemente der Streikbewegung, bereits sind allein in Paris über 500 Bankangestellte nicht wieder angestellt worden. Die Gewährung der Kohlenzulage und der Sonderzulage von 200 Fr. die Abzahlung der Überstunden und die in Aussicht gestellte Prüfung der Gehälter gegen Ende des Jahres sind ein glatter Hohn auf das umfassende Programm der im Kampf getretenen Angestellten und der klaren Aussprüche ihrer Niederlage. Die Niederlage ist um so schwerer, als das französische Bankgewerbe in einer langanhaltenden Periode der Konjunktur steht. In steigendem Maße nimmt in Frankreich trotz der Inflation die Abhängigkeit der Industrie vom Bankkapital zu (in Deutschland war während der Inflation der Vorgang umgekehrt). Im Monat Juli 1923 betrug der offizielle französische Diskontsatz 7 Prozent; der handelsübliche Zinssatz belief sich auf 8 bis 11 Prozent pro Jahr. In Reingewinn für das Jahr 1924 wies man aus:

	1924	1923	1922
Credit Foncier	43,9	42	40,5
Compt. Nat. d'Escompt.	35,6	34,3	31,7
Societe Generale	33,5	28,5	25,5
Credit Industriel	8,3	7,9	6,6
Banque Nat. de Credit	31,4	31,2	31,2
Ered. Comm. de France	17,1	14	12,7
Banque de Paris et des Pays Bas	36,7	34,8	32,3
Union Parisienne	17,4	15,3	12,5

Die hier die Ausbreitung der führenden französischen Banken im Jahre 1924 war, zeigt die Gründung von 39 neuen Filialen und Agenturen der Bank Credit Foncier und von 7 neuen Filialen und 42 Agenturen der Banque Nationale de Credit. Diese Entwicklung zeigt sich im Jahre 1925 fort. In welchem Maße ausländisches, besonders amerikanisches Kapital in den französischen Banken investiert ist, läßt sich schwer sagen. Es läßt sich aber mit aller Bestimmtheit sagen, daß die Abhängigkeit der französischen Regierung und der französischen Polizei vom Bankkapital die vollkommenste ist. Die Bankangestellten bekamen und bekommen diese Abhängigkeit nur zu deutlich zu spüren.

Worauf ist die Streikniederlage der französischen Bankangestellten zurückzuführen? Der Glaube und die Energie der Streikenden waren unerschütterlich. Ihre materielle Unterliegung ließ jedoch von vornherein sehr zu wünschen übrig und wurde schließlich völlig unzulänglich. Von der Luft können aber die Streikenden nicht leben. Der Streik ist tatsächlich an materieller Erschöpfung gescheitert. Die verschiedenen gewerkschaftlichen Organisationen der Bankangestellten haben ursprünglich gar keine oder nur eine ganz geringe Organisation. Ein großer Teil der Streikenden gehörte keiner Organisation an. Die Streikführer, die zur Auszahlung kamen, waren in der Hauptache Sammelgelder. Es wurde in den Betrieben gesammelt, Soldaten ausmarchen wurden verweigert. Streikende militärisiert in den Höfen und Gassen von Paris und sammelten auf diese Weise Unterunterstützung. Danach hielten sich befreundete Organisationen des unklaren Bankangestelltenverbands sowie die kommunistische Partei Frankreichs und der kommunistische Jugendverband einige Tausend Franken. Auch einige Kommunisten unterhielten die Streikenden mit ein paar tausend Franken. Alle diese Zusammenhänge waren aber auf die Dauer unzureichend, und so verblühte schließlich die Front der Streikenden. In Deutschland führte der freigerwerbende Allgemeine Verband der Bankangestellten, dessen händischer Sinn den Streikenden eine brüderliche Solidarität übermitteln sollte, eine Sammelaktion durch. Das Ergebnis dieser Aktion war jedoch außerordentlich gering. Der gelbe Pariser Streik, der bei den deutschen Bankangestellten leider noch über einen ziemlich langen Zeitraum hinweg, laborierte mit ebenfalls nationalitätlicher Phantasie die Emanzipation des freigerwerblichen Verbandes. Damit hat sich der Deutsche Bankangestelltenverband einmal als getreuer Knecht des internationalen Finanzkapitals gezeigt. Verloren hat aber auch die Amerikaner International. Es wäre ihr ohne Unterstützung der Arbeiter, die Streikenden zu unterstützen. Die Bedeutung des Streiks war wirklich groß genug.

um ein tatkräftiges Eingreifen erforderlich zu machen. Die Lehren, die nicht nur von den französischen Bankangestellten aus dem selbsterfolgten Streik, dessen Auswirkungen über das französische Bankgewerbe und über Frankreich hinausgehen, zu ziehen sind, erschöpfen sich in dem Abwehrwahn großer und damit finanzkräftiger Kampfgewerkschaften, also Verkennung der nationalen und internationalen gewerkschaftlichen Einheit und scharfe Bekämpfung aller sogenannten neutralen und christlichen Organisationen. Es ist klar, daß die Streikniederlage der französischen Bankangestellten vorläufig eine gewisse Depression unter den Bankangestellten hervorrufen muß und daß die berühmten Unternehmern austauschen werden, die von der Ausschließlichkeit des Kampfes gegen das Kapital und von der Notwendigkeit einer kriegerischen Ausschöpfung mit den Unternehmern schwächen. Unter den Angestellten haben derartige Elemente gewöhnlich mehr Erfolg als bei den Arbeitern. Die Depression wird aber um so schneller vorübergehen, je aktiver die massenbewußten Bankangestellten an der Herstellung der Gewerkschaftseinheit arbeiten, je aktiver die Kampagne für die reifliche Organisation der Bankangestellten geführt, je besser für die Gemäßigten gesorgt und je klarer die witternde Deutung die neuerliche Notwendigkeit eines Kampfes mit besserer Vorbereitung und besserer Sicherung anzeigen wird. Die Streikniederlage der französischen Bankangestellten darf und wird nur eine Episode bleiben.

Genosse, überlege!

Jede Zeitung, die Du einem Arbeitsbruder gibst, bedeutet für ihn ein Mehr an Einsicht in die Notwendigkeiten der Gegenwart, ein Mehr an Willen zum Kampf um die Lebensinteressen aller Arbeiter. — Die einheitliche Kampffront wird nicht mit einem Zauber Schlag hergestellt, sie wird in zäher Arbeit aufgebaut.

Außlands steigender Außenhandel

Eine Statistik des russischen Außenhandels in neun Monaten des Jahres 1924/25 ergibt folgende Zahlen. Ausfuhr 499,4 Millionen, Einfuhr 389,7 Millionen. Der Gesamtumsatz ist um 33,7 Prozent gestiegen. Die Einfuhr hat dabei ganz besonders zugenommen, nämlich um 83,2 Prozent. In erster Linie sind es landwirtschaftliche Maschinen und Materialien zur Wiederherstellung der russischen Industrie, die Sowjetrußland gefahrt hat.

Diese Zahlen sind außerordentlich bemerkenswert. Sie zeigen, daß Sowjetrußland dank der planmäßigen Wirtschaft der Sowjetregierung ein stärker aktives Handelsland hat. Sowjetrußland ist imstande, seine Wirtschaft mit ausländischen Maschinen und Geräten wieder aufzubauen, ohne dabei in Verhinderung zu geraten oder seine Waren zu gefährden, sondern Rußland jetzt die eingeführten Waren durch seinen eigenen Export. Damit vergleiche man die jämmerliche passive Handelsbilanz Dawes-Deutschlands und die hilflose Abhängigkeit der deutschen Wirtschaft von den amerikanischen Kreditgebern.

Georgischen Fußballern wird die Einreise nach Deutschland verweigert

Eine große Anzahl deutscher Fußballvereine wollte diesen Herbst mit den russischen Fußballern spielen. Bei der Märzlichen Spielvereinbarung in Berlin sprach auch schon ein Beauftragter der politischen Polizei vor, um sich zu erkundigen, ob die Einreise recht ist. Trotz alledem wird dem Fußballkommando der Transkaukasischen Republik die Einreise verweigert. Die Wollen menschenwürdiger und internationaler Tugenden sollen mit Unterliegung der deutschen Regierung nicht verletzt werden, denn ein anderer Grund kann doch nicht vorliegen, den georgischen Sportern die Visa vorzuenthalten.

Aus der Partei

Entscheidungen der Besitze zum GKK-Brief

Die am 13. September tagende Bezirkskonferenz des Bezirks Pommern stellt sich hinter die Resolution, die die Bezirksleitung Pommern zum Brief der Exekutive angenommen hat und unterzeichnet nochmals:

- daß auch die dem Brief der Exekutive vorbehaltlos und vollständig zustimmt,
- daß die Kritik an der Gruppe Maslow-Ruth Fischer und den Ultra-Linken vollkommen berechtigt ist, daß die aufgezeigten Fehler der bisherigen Parteileitung und die offene und versteckte Sabotage verantwortlicher Parteifunktionäre angedeutet werden müssen,
- daß alle wegen ihrer berechtigten Kritik an der Politik der Partei seit Frankfurt ausgeschalteten, auf dem Boden der Kommintern stehenden Genossen wieder zur Arbeit herangezogen werden müssen,
- daß alle diejenigen Genossen wieder in die Partei aufgenommen werden und, die ihrer oppositionellen politischen Einstellung wegen ausgeschlossen wurden und, auch außerhalb der Partei, stehend, bewiesen haben, daß sie auf dem Boden der Weltkonferenzbeschlüsse stehen,
- daß eine ausführliche Diskussion bis in die letzte Zeile erfolgen muß, wobei durch weitgehendste Information das rückhaltlose Vertrauen zur Partei wieder hergestellt werden muß.

Die Konferenz schließt sich auch dem an, was die Mitgliederversammlung des Berliner Bezirks Reinickendorf-Ost zur Haltung der Berliner Zentralinstanzen beschlossen hat. Sie spricht den Sekretären und der Mehrheit des Berliner Zentralvorstandes der jetzt plötzlich seinen Beschluß gegen die Kommintern in eine angeblich vorbehaltlose Zustimmung zum Brief der Exekutive geändert hat, ihr schärfstes Mißtrauen aus. Aus dieser Haltung geht klar hervor, daß hier versucht wird, durch scheinbare Zustimmung zum Brief der Exekutive die Mitglieder zu täuschen und die Politik der „doppelten Buchführung“ fortzusetzen. Die Zentrale machen wir auf diese Gefahr aufmerksam und erlöchen sie, dieses Spiel mit aller Schärfe aufzuklären.

In der Diskussion müssen auch die Lehren gezogen werden aus der ultralinken, opportunistischen Politik des letzten Jahres, welche die Partei an der Abgründ des Hinabsinkens zu einer einflussreichen Seite gebracht hat. Es muß Schluß gemacht werden mit der untraktanten Einstellung, die grundsätzlich ablehnte die Kampflösung: „Alle Lasten auf die Bourgeoisie!“ zur Sammlung der Massen in den Zagestämpfen aufzustellen. Diese unkonstruktive Haltung verstößt gegen die ganze Politik der Kommintern gegenüber dem Verfall der Vertrag und den Reparationslasten. Jetzt ist es doch auch in dem Brief der Kommintern an den Senaer Parteitag (August 1921):

„Die Partei muß eine Agitation entfalten, daß die Zahlung der Steuern und der durch die Entente auf Deutschland gewährten Lasten auf die Schultern der deutschen Kapitalisten und nicht auf die der Arbeiter und der heillosen Schichten der Bevölkerung kommen.“

Das gilt heute in der Zeit der Durchführung des Dawespaktes genau so, wie es damals richtig war. Um einen breiten Einfluß auf die Massen zu gewinnen, muß die Partei in allen Zagestrichen die Interessen der Arbeiter und anderen werktätigen Schichten stärker vertreten.

Nur so wird die Basis der Mobilisierung und Gewinnung breiter Massen in den Betrieben und Gewerkschaften, unter den Landarbeitern, Kleinbauern, den Mittelschichten, Beamten und Angestellten geschaffen werden. Notwendig ist, daß ein Kampfprogramm in unversenkter Kampfe gegen die Offensive des Kapitals aufgestellt wird.

Die Hauptaufgabe, die uns auch der Brief der Exekutive stellt, ist die Konzentrierung aller Parteikräfte auf die gewerkschaftlichen Vertrauensmännertörper in den Betrieben und Ortsgruppen zu erobern. Jeder Genosse ist verpflichtet, solche Funktionen zu übernehmen. Hiermit hängt eng zusammen der schnellste, wirkliche Umbau der Partei auf Betriebszellen, damit die Partei zu einem lebendigen, politischen Faktor in den Betrieben wird.

Verbunden mit einer verstärkten Arbeit in den Betrieben und Gewerkschaften mit der regsten Tätigkeit für die Produktionslandtags- und Kreislandtagswahlen, so werden wir aus der Parteidiskussion nicht geschwächt hervorgehen, sondern unseren Einfluß auf die Massen erweitern.“

Mit 31 gegen 8 Stimmen, bei 6 Stimmenthaltungen wurde vorstehende Resolution angenommen. In der gesondert vorgenommenen Abstimmung über den Brief der Exekutive wurde der Brief gegen eine Stimme angenommen.

Verantwortlich für den gesamten Text: Richard Schulz, Breslau. Für die Inserate: Arthur Müller, Breslau. — Verlag: Schlichte Verlagsgesellschaft, O. m. b. H., Breslau. — Druck: Neurag-Berlin, Druckereifabrik Breslau.

Schauspielhaus
Operettenbühne
Telephon Ring 2545

Riquette
Täglich 8 Uhr

Wanderauktion
am 24. September
Reichhaus Grundmann, Trebnitzer
Straße 21

Suche ein
großes Zimmer
Offerten unter G. 100 an
Exp. Schles. Arbeiter-Zeitung

Liebig-Theater
Täglich 8 Uhr

Der Sensations-Erfolg
des

Eröffnungs-Programms

Wochenpielplan
von Montag, den 21. bis Montag, den 28. September

Lobetheater

Montag, den 21. bis
Montag, den 28. Septbr.
abends 8 Uhr

„Der Kreidestrich“
Spiel nach dem Uffersischen
von Habund

Thaliatheater

Montag, den 21. bis
Donnerstag, den 24. Septbr.
abends 8 Uhr

„Der dreizehnte Stahl-
Kriminalroman“
von Bayard Feiler

Freitag, den 25. und
Sonntag, den 27. Septbr.
abends 8 Uhr

Gaudespiel Dr. Paul Baraton
in
„Der Satz der Rache“
Drama von Schalom Tisch

Sonntag, den 27. und
Montag, den 28. September
abends 8 Uhr

„Der dreizehnte Stahl-
Kriminalroman“
von Bayard Feiler

Allen Arbeiter-Gesangvereinen
empfehle die Kompositionen von
R. G. Lehmann

Auferstehung (gem.
Chor)

Man verlange Partituren zur Ansicht.
zu beziehen durch den Verlag der freien
Sängergemeinschaft Deutschlands,
Paul Mittan, Düsseldorf,
Eckstraße 15.

Heinrich Sindermann
Airtwasser
Weiß-, Woll- u. Schnittwaren

PEUVAG
Papier-Erzengungs-
und Verwertungs-
Aktien-Gesellschaft
Berlin

Filiale Breslau
Trebnitzer Str. 50

Abteilung:
Buchdruckerei

Sie stellen her
bei billigster Berechnung

Programme
Eintrittskarten
Briefbogen
Plakate
Rechnungen
Flugblätter

für alle Druckfachen
für
Private, Vereine
und Behörden

R. Königsberger Nachfolger
Landeshut i. Schles.

Leser!
die den letzten abgedruckten
Roman

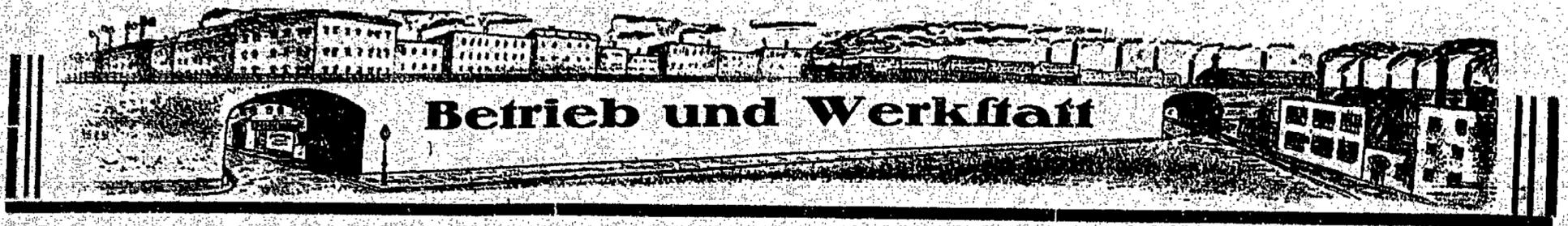
„Ein Arbeitermädchen“
von Otto Müller Glösa

in Buchform besitzen möchten,
wollen sich per Postkarte an
den unten bezeichneten Verlag
wenden.

Wer den Roman bis 31. Aug.
bestellt, erhält ihn zum Vor-
zugspreis von 2 Mark nach
Fertigstellung der Buchaus-
gabe etwa Ende September.

KALMEUSER VERLAG RAUNHEIM/MAIN

Genossen! Werbt neue Leser!



Betrieb und Werkstatt

Aushalten, Mauhhalten

Konfordia-Grube.

Von unserem Betriebsberichterstatter.)

Eine hochdele Tat auf dem Gebiete der Menschlichkeit unter dem Grundsatze: Liebe deinen Nächsten wie dich selbst! leitet die Verwaltung der Konfordia-Grube.

Die Arbeiterinnen Schilwa, Pränilla, Sene, Kren und Kupin, die zum Sterben zu viel und zum Leben zu wenig erhalten, nämlich 1,30 Mark wöchentlich, sind unter Tadel. Mit Vorkerkung wurden sie überall abgewiesen. Nun blieb nichts anderes übrig als eine gerichtliche Entscheidung am Arbeitsgericht. Nach dem belagte Verwaltung Wind bekommen hätte, ging sie zur Offenbarung über und kündigte den Frauen, zu ihr Wohlfühlen in dieser Weise zurückzugehen. Benannte Frauen und Waisen und haben ihre Männer im Betriebe der Konfordia-Grube verloren. So steht der Dank aus! Mo. Gaurer und Kollegen, wie die Konfession organisiert sich bis zum letzten Mann und jagt die Arbeiter zum Teufel.

Die neuen Arbeitsmethoden beim Wohlfahrtsamt Dypeln

Von einem Arbeiterkorrespondenten.)

Am Donnerstag, den 16. September, wurden nach dem Arbeitsnachweis Dypeln circa 25 Erwerbslose um mittags 12 Uhr bestellt. Und siehe da: Kein Transport, aber etwas ganz Neues, das noch nicht dagewesen ist, und zwar werden nun den selbstfabrizierten Paragrafen solche verlesen, die folgenden Wortlaut haben:

Zahlung! Wie bezogen wurde nach Belieben für 2 Monate und die Unterbringung 3 Tage in der Woche arbeiten sollen. 5 Tage mal 8 Stunden, gleich 40 Arbeitsstunden. 7 Mittage mal 0,35 Mark gleich 2,45 Mark. Die Unterbringung beträgt für einen Mann über 21 Jahre 6,90 Mark und für einen unter 21 Jahre 4,20. Also die 7 Mittage mal 2,45 für die Miete. Und wie steht es mit den 24 Arbeitsstunden?

Eine bahnbrechende Freiheit vom Fräulein Höber war es, sie ermahnte und brutale Forderung der Gewerkschaften durch Genauigkeit zu machen, das gelang. Es ist nur zu ihrem Vorteil und eine Vergünstigung für die Eltern der Erwerbslosen, denn sie haben weniger zu kochen.

Die Erwerbslosen haben gefordert diese Kulturarbeit an der Arbeit machen! — Und so was nennt sich Wohlfahrtsamt.

Lohnreduzierungen in der Karlsgrube

Von unserem Betriebsberichterstatter.)

Zu der Frage des Lohnabzuges auf der Karlsgrube schreibt die Verwaltung dieses Werkes in der bürgerlichen Presse:

Das die von ihr getroffenen und beabsichtigten Maßnahmen nichts Außergewöhnliches darstellen, sondern sich dem Vorgehen zahlreicher großer Firmen anschließen. Der von der deutschen Regierung geführte Weltkrieg mit Polen hat die Herabsetzung von Löhnen aus dem prinzipiellen und dem wirtschaftlichen in den letzten Monaten außerordentlich verschärft. Die beiden Gebiete gehören zu den Hauptausgangspunkten der Weltwirtschaft, so daß sich das Ausbleiben der Aufträge vor dort ungünstig bemerkbar gemacht hat. Die Verwaltung hat es für richtig gehalten, aus dem verminderten Auftragszufluss die notwendigen Spargemaßnahmen zu treffen und alsbald Lohnreduzierungen vorzunehmen. Um aus sozialen Gründen größere Schwierigkeiten zu vermeiden, ist ein fürsorglich erdengenes umfangreiches Sparprogramm aufgestellt worden und teilweise bereits durchgeführt, das u. a. auch eine Herabsetzung der Lohn- und Gehaltsausgaben auf der ganzen Linie in der letzten Zeit Durchführung dieses Teiles des Programms waren Verhandlungen mit dem Betriebsrat und den Organisationsvertretern erforderlich, in denen auf die Konkretheit erhöhter Leistungen und Herabsetzung der Ausgaben hingewiesen werden ist. Wenn die Belegschaft die in ihrem eigenen Interesse vorzunehmenden Maßnahmen ablehnt, so wird das Unternehmen zu den größten Schwierigkeiten führen, um das notwendige Ziel einer größeren Rentabilität zu erreichen. Von der Gefahr eines Streiks ist auszuweichen. Von der Gefahr eines Streiks ist auszuweichen.

Reibung heißt die Verwaltung der Karlsgrube hat, daß sie in der Herabsetzung der Löhne und Gehälter lediglich der Befriedigung der großen Unternehmer gefolgt sei. Die Frage, ob der dem herabgesetzten Lohn die Arbeiter mit ihren Familien auch leben können werden, interessiert die Verwaltung nicht im geringsten. Diese Frage berührt sie in ihrem Schreiben gar nicht.

Die Belegschaft muß zu diesem Schreiben Stellung nehmen und der Verwaltung eine Antwort schreiben, auf die sie nicht geantwortet hat. Der Verwaltung ist von der Gefahr eines Streiks nichts bekannt. Wir wissen aber, daß der Belegschaft ist, von dieser Gefahr bekannt ist.

Die Verwaltung hat gesprochen. Jetzt hat die Belegschaft: Das Wort.

Der eingeladene Borgelehrte

Aus den Brestauer hiesigen Betrieben.

Der Arbeiter Wilhelm Hoepf ist uns mit, daß er von dem brestauer Meister nicht gedrückt worden ist.

Kein Tag ohne Grubenunfall

Am 10. September verunglückt in der Hüttengrube der Sauer Bauhütte, Hüttengrube Firma (Anstalt) dadurch, daß er beim Absteigen des Hüttenberges einen Schlag erlitten wurde.

Bei seiner Arbeit vor Ort wurde der Bauer Franz durch ein herabfallendes Bergstück getroffen und schwer verletzt. Kiefer und Kehlkopf sind erlitten, am rechten Fuß ist der Mittelfinger durch ein Bergstück eingedrückt worden.

Unsere Betriebszellenarbeit

Die Ausland-Delegation und die Aufgabe der Betriebszellen

Um die Zustände in Sowjetrußland, dem einzigen Arbeiterland der Welt lernen zu lernen, schickten deutsche Arbeiter eine Delegation dorthin, die in diesen Tagen zurückgekehrt ist. Die Berichterstattung dieser Delegationen wird den Damm, der durch bürgerliche und sozialdemokratische Pressen künstlich zwischen den russischen und einem Teil der deutschen Arbeiter aufgerichtet wurde, durchbrechen. Es muß nun dafür gesorgt werden, daß in Betriebs- und Gewerkschaftsversammlungen der Delegationen Gelegenheit gegeben wird, ihre Erfahrungen und Ergebnisse den Arbeitern mitzuteilen. Zweifelslos werden reformistische Betriebsräte und Gewerkschaftsvorstände mit allen Mitteln eine Berichterstattung zu verhindern versuchen, da dadurch die Rußlandfrage ihrer Presse als hagerlich entlarvt würde. Da muß die Betriebszelle alle Kraft daransetzen, damit das Verlangen der Arbeiter nach Berichterstattung den Widerstand dieser Reformisten bricht. Es gilt schon jetzt für den guten Zweck dieser Delegationsversammlungen Agitation zu machen.

Damit ist aber die Arbeit der Zelle nicht erledigt. Es muß vielmehr alles getan werden, um die Verbindung mit den russischen Arbeitern aufrechtzuerhalten und weiter auszubauen. Das ist notwendig, da diese Zellen den russischen Arbeitern folgendes mitteilen:

1. Was und wie haben die Delegierten berichtet?
2. Wie wurde der Bericht von den Arbeitern aufgenommen und welchen Eindruck hat er auf sie gemacht?
3. Was sagen nun die sozialdemokratischen Arbeiter?
4. Wie wertet nun eure Zelle den Bericht gegen die vorliegenden Trends aus?

Diese Briefe sind an die Partei Instanzen sowie Weiterleitung nach Rußland abzugeben. Die russischen Arbeiter freuen sich und werden sofort antworten und damit der Zelle die Möglichkeit geben, die Arbeiter über alles Wissenswertes aufzuklären und stets mit den russischen Arbeitern in Verbindung zu bleiben.

Eine der wichtigsten Aufgaben der Zelle ist natürlich, die durch die Delegation nun vollzogene Annäherung der deutschen und russischen Arbeiter vorwärts zu treiben durch eine lebhafteste Agitation für die internationale Gewerkschaftseinheit. Der selbstkonzentrierten und zentralisierten kapitalistischen Macht muß die Macht der internationalen und organisierten proletarischen Klasse gegenübergestellt werden. Arbeitet also in den Gewerkschaften intensiv für die Herstellung der internationalen Gewerkschaftseinheit.

Arbeitsstämpfe, Betriebsräte und Gewerkschaften

Auf dem ersten Reichstagskongress der Betriebsräte (abgehalten vom 5. bis 7. Oktober 1920) erklärte Robert Dittmann als Referent zu der Frage der Betriebsräte und Gewerkschaften folgendes: Die Betriebsräte sind nicht anders, als Vertrauensleute der organisierten Arbeiter. Ihr Ziel ist es, die Arbeiter im Betrieb zu organisieren. Es wäre falsch, das Ziel aus dem Blick zu verlieren. Ihr müßt mit ihnen den Gewerkschaften zusammenhängen, anders geht es nicht. Das war 1920, als die Betriebsräte für die Gewerkschaften teilweise gefährlich wurden, da sie in der Arbeiterwelt einen selbständigen Faktor darstellten, als die Gewerkschaften verachtete Sorge um ihre eigene Machtvollkommenheit hatten. Heute ist die prinzipielle Stellungnahme der Gewerkschaftsbürokratie zu der Betriebsräteeinrichtung nicht mehr ein Ergeben ihrer Sorge um ihre eigene Macht.

Achtung! Bauarbeiter Breslau!

Die Breslauer Bauarbeiter (Palast-Theater, Schwandauer Straße, Bauarbeiterverein) sind am Montag, den 11. September, ab für 24 Stunden zum Streik ausgerufen.

Auslaß dazu gab das Ansehen der Panzerung an die Maurer, Straßarbeiter für die Arbeiter der Panzerung; desgleichen werden an dieser Panzerung Straßarbeiter für die Straßarbeiter angestellt und dies letztere hat ihnen dazu geführt, daß auch die dort arbeitenden Arbeiter und Kollegen anderen Bannern angestrichen Kollegen beabsichtigen, die Arbeit niederzulegen. Die Ortsverwaltung.

Ist die Lohnsteuer sozial?

Als besonders hervorzuhebende soziale Maßnahme bei der kürzlich erfolgten Steuerregelung der Lohnsteuer hört man vielfach sagen, daß ein verheirateter Arbeitnehmer mit einem Lohn- oder Gehaltsbetrag bis 12000 Mark jährlich mit der Geburt eines — kleinen Kindes steuerfrei werde, während dieser Fall bisher ein braun — neunten Rinde eingetretten sei. Hat man sich denn darüber überhaupt einmal die Frage vorgelegt, einem wie außerordentlich geringen Prozentsatz der rund 21 Millionen deutschen Lohn- und Gehaltsempfänger diese soziale Maßnahme zuteil wird? Und ist man sich weiter darüber im klaren, was sich bei wachsender Kinderzahl die kopfsteuerartige Wirkung der Einkommensteuer und der in Anspruch genommenen Lebensmittelpreise für den arbeitenden Arbeitnehmer vergrößert? Nein, von einer wirklich sozialen Gestaltung der Lohnsteuer und der Einkommensteuer überhaupt sind wir noch weit vor entfernt, erstarrt und gegenüber anderen Rohmaterialien hat im Hinterkopf. Ein verheirateter Arbeitnehmer mit zwei Kindern zahlt demnach folgende Prozentzahl seines Jahreseinkommens als Steuer:

Bei einem Einkommen von:	1500 M.	3000 M.	6000 M.
In Preußen	25	28	37
Amerika	—	—	—
England	—	—	—
Frankreich	—	—	—
Schweden	—	—	—

vollkommenheit, sondern ihrer gesamten politischen Denkhaltung — kapitalistischer Wiederaufbau, — Fortwursteln im Rahmen des sich wieder aufbauenden Kapitalismus — Betriebsdemokratie. Die Gewerkschaftsbürokratie, die nicht einmal die Berufsverbände zu Industriearbeitsorganisationen umbauen will, behandelt heute die Betriebsräte sehr misstrauisch; sind nicht einmal mehr vorläufige Vertrauensleute. Dittmann, der auf dem letzten Gewerkschaftskongress für Industriearbeitsorganisationen kämpfte und damit die Meinung breiter Schichten der organisierten Arbeiterschaft vertrat, mußte gegenüber der Machtvollkommenheit der Gewerkschaftsbürokratie unterliegen. Von Betriebsräten war schon gar keine Rede mehr, nur von „Betriebsdemokratie“.

Und doch sind die Betriebsräte immer noch ein wichtiger Faktor in den Arbeitskämpfen der Arbeiterschaft. Sie stehen täglich den Unternehmern direkt gegenüber und müssen als erste die Interessen der Arbeiter gegenüber den ausbeutungswilligen Unternehmern vertreten. Sie können das heute nur noch schlecht und recht, weil die Arbeiterschaft zum Teil der Organisation den Rücken gekehrt. Somit für die Betriebsräte keine zuverlässige Rückendeckung ist und weil die Gewerkschaftsbürokratie andererseits die Betriebsräte nicht unterstützt. Sie in ihrem täglichen Kleinkrieg fast allein läßt.

Stehen so die Betriebsräte auf einem fast verlorenen Posten, dann müßten die Unternehmer ein leichtes Spiel mit der Betriebsräteorganisation überhaupt haben; wenn sie die Betriebsräte noch nicht befeitigt haben, so deshalb, weil ein Teil der Betriebsräte durchaus im Dienste der „Wirtschaftsdemokratie“, d. h. im Interesse der Unternehmer arbeiten.

Ein Teil der Betriebsräte erhebt erhebt, daß es so nicht weiter gehen kann und versuchen ihre Stellung als wirkliche Vertreter der Arbeiterschaft zu befestigen. Sie erkennen richtig, daß sie mit den Gewerkschaften gehen müssen (nicht mit der Gewerkschaftsbürokratie) und legen ein Hauptaugenmerk auf ein bessere Organisationsverhältnisse in den Betrieben. Verschiedene Berichte zeigen, daß es den Betriebsräten gelungen ist, die Arbeiter wieder den freien Gewerkschaften zuzuführen. Sie erkennen, daß ein gutes Organisationsverhältnis in den Betrieben für die Betriebsräte die beste und zuverlässigste Rückendeckung ist. Erstens den Unternehmern gegenüber, zweitens aber auch gegenüber der Gewerkschaftsbürokratie. Bei einer gut organisierten Belegschaft kann kein Unternehmer einen Betriebsrat mahrgeln oder bei Arbeitskämpfen einen Keil in die Belegschaft treiben. Gestützt auf eine organisierte Belegschaft, kann aber ein Betriebsrat auch stärkeren Einfluß in den Gewerkschaften erringen.

Und daraus kommt es an. Die zweiwöchigen in den nächsten Monaten ausbrechenden Arbeitskämpfe stellen die Arbeiterschaft vor große Aufgaben. Dem fest und geschlossen organisierten Arbeitermerkt muß eine ebenso feste und geschlossene Arbeiterfront entgegengeleitet werden. Diese geschlossene Arbeiterfront zu organisieren, ist eine Hauptaufgabe der Betriebsräte. In verschiedenen Teilen des Reiches haben Betriebsrätekonferenzen stattgefunden, so in Düsseldorf, in Stuttgart, in Solingen und anderswo. Meistens haben die Betriebsräte in Resolutionen erklärt, daß der bisherige Stand der Besorgnisfaktor in den Betrieben aufhören muß, daß in kürzester Zeit Maßnahmen getroffen werden müssen, um den Gefahren, die der Arbeiterklasse drohen, entgegenzutreten.

Um nun auch in diesen Fragen nicht desorganisiert vorzugehen, bilden sich Betriebsrätekomitees. Auch in Berlin haben bezirksweise solche Betriebsrätekonferenzen stattgefunden, so im Osten und in Moabit. Die Komitees, die aus aus Betriebsräten ohne Anwesenheit der Parteien zusammengesetzt, sollen sich zur Aufgabe machen, die Arbeiter für die freien Gewerkschaften wiederzugewinnen, in ihnen den Gedanken der gemeinschaftlichen Einheit zu wecken. Nicht gegen die Gewerkschaften, sondern für die Gewerkschaften wollen sie arbeiten, aber auch für freigeberliche Industrieverbände, für die nationale und internationale Gewerkschaftseinheit, für die geschlossene Arbeiterfront. Das Beispiel der englischen Arbeiter leuchtet wie ein Stern und hat die Arbeiter angelehrt zu verstärkter Arbeit in den Gewerkschaften.

Zentralverband der Angestellten, Gleiwitz, gegen die Kommunistenhege des Anfeiler Verbandstages

Am Dienstag, den 10. September, abends 7 Uhr, fand im Bundeshaus, Gleiwitz, die 10. Monatsversammlung statt.

Neben der einigermassen unangenehm Tagesordnung wurde zu Punkt 3 „Wahl eines Delegierten“ zu der am 3. und 4. Oktober stattfindenden Konferenz in Hirschberg geschlossen. Einmütig gewählt wurde die Kollegin Beder-Pickert und als Stellvertreter der Kollegin Hamed.

Genosse Jura ergriff zu diesem Punkt das Wort und geistige Kraft die Stellungnahme des Verbandstages in Kassel, wonach den Mitgliedern der KPD abgeprochen wurde, irgend welche Verbandsfunktion auszuüben.

Nach einer kleinen Diskussion unterstützten alle Kolleginnen und Kollegen die Ausführungen des Genossen J., und es wurden folgende Anträge einstimmig angenommen:

Antrag 1. Anstalts- Ortsgruppe Gleiwitz des Zentralverbandes der Angestellten an die Konferenz in Hirschberg.

Sie am 15. September 1925 tagende Mitglieder-Versammlung der Ortsgruppe Gleiwitz mißbilligt den angenommenen Antrag des Verbandstages in Kassel, in dem gesagt wird, daß Mitglieder der kommunistischen Partei und solche, die in deren Sinne tätig sind, nicht Verbandsfunktionäre sein können und verlangt sofortige Aufhebung des Beschlusses durch den Hauptverband und Beirat, weil beide am 24. 2. 1924 denselben gefaßt haben.

Wir erlauben die Konferenz, sich diese Entscheidung eigen zu machen.

Gleiwitz, den 15. September 1925

Antrag 2. Der Ortsgruppe Gleiwitz des Zentralverbandes der Angestellten an die Konferenz in Hirschberg.

Die am 15. September 1925 tagende Mitglieder-Versammlung der Ortsgruppe Gleiwitz beschließt, daß die im Zentralverband der Angestellten organisierten Kollegen, die der KPD angehören, dieselben Rechte besitzen wie alle anderen Kollegen. Es geht nicht an, Kollegen anderer Rechte zu schaffen. Verbandsfunktionäre wollen, unterstützt den entsprechenden Bestimmungen des Statuts und kann jederzeit entfernt werden. Gleiwitz, den 15. September 1925.